

Tristan Zielinski  
Fraktionsvorsitzender  
Mitglied des Rates

fraktion@fdp-dorsten.de  
www.fdp-dorsten.de

Mühlenstr. 12  
46284 Dorsten

Dorsten, 29.11.2017



## **Haushaltsrede des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Dorsten**

### **Es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn wir heute über den Haushalt 2018 und die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis 2021 beraten, so müssen wir einmal mehr die seit 2012 existierenden Vorgaben des Stärkungspakts beachten, welcher in diesem Fall einen ausgeglichenen Haushalt vorsieht. Manch einer wird wohl meinen oder vermuten, dass sich angesichts dessen, dass die Stadt bislang immer die Vorgaben erfüllte und einen bedächtigen Weg der Sanierung der Finanzen einschlug, nun auch folgerichtig die Probleme verringert haben, mit denen Dorsten sich konfrontiert sieht. Doch dies ist mitnichten der Fall.

Da das Budgetrecht eines der wichtigsten Rechte des Parlaments ist und die Parteien nach unserer Auffassung nicht nur die Pflicht haben, die Verwaltung zu kontrollieren, sondern auch Zielvorstellungen und Visionen zu entwickeln, möchte ich die diesjährige Haushaltsrede gerne nutzen, um jene Probleme und Herausforderungen zunächst zu beschreiben und auf einige Zahlen einzugehen. Doch Zahlen und Daten sind nicht alles – der Umgang mit ihnen lässt eine politische Geisteshaltung erkennen, die an einigen Stellen problematisch geworden ist. Und schließlich soll diese Rede auch als Plädoyer verstanden werden, wieder langfristig zu denken, wenn

es um politische Gestaltung geht. Denn insbesondere im langfristigen Denken zeigt sich durch das in Betracht ziehen der Konsequenzen des eigenen Handelns ein sinnvoller Ausgleich zwischen dem Wünschbaren und dem Verantwortbaren.

Wenn es um Zahlen geht, kommt man naturgemäß nicht um die Umlageverbände herum; diese stellen jedoch – im Gegensatz zum letzten Jahr – aktuell keine Bedrohung für den Haushalt der Stadt Dorsten dar. Der LWL hat angekündigt, seine Umlage diesmal sogar auf 16 % zu senken. Der Druck und die vehemente Kritik der Kommunen haben erfreulicherweise bewirkt, dass dieser Umlageverband auf Kurs ist. Nun liegt es am Kreis Recklinghausen, diese Senkung auch weiterzugeben. Im letzten Jahr wurde die Belastung aus der Umlageerhöhung über den Kreis schließlich auch 1:1 an die Städte weitergereicht – das bedeutet nun, dass eine Senkung ebenfalls 1:1 weitergereicht werden sollte und nicht in den Bilanzen des Kreises verschwindet. Denn immerhin ist Dorsten mit ca. 10,8 % an der Kreisumlage beteiligt.

Man kann den Kreis sicherlich für seine „Ambitionen“ kritisieren, viele neue Stellen zu schaffen, die häufig vage gegenfinanziert sind. Aber wie glaubwürdig wäre eine solche Kritik? Der Rat sollte sich – statt mit dem Finger auf andere zu zeigen – zunächst auf die Dinge konzentrieren, die er selbst steuern und beeinflussen kann und daher lieber fragen, wie er sich die Personalpolitik vor Ort eigentlich vorstellt.

Die Stadt hat im letzten Jahr schließlich selbst über 20 und in diesem Jahr 12 neue Stellen geschaffen. Die Personalaufwendungen steigen von 2017 auf 2018 um voraussichtlich 3 Mio. – von einem Sparkurs kann also keine Rede sein. Auch die Überstundenschätzungen wurden im letzten Haupt- und Finanzausschuss signifikant nach unten korrigiert. War im Vorfeld noch von 64.000 Überstunden die Rede, sind es nun ca. 27.000. Von den 1000 Mitarbeitern haben immerhin 840 keine oder unter 40 Überstunden. In vielen mittelständischen Unternehmen und im hiesigen Handwerk sieht die Lage vielfach anders aus. Wir sagen dies nicht, weil wir prinzipiell etwas gegen Neueinstellungen haben. Wir sagen dies, weil sich die alten Narrative abgenutzt haben; weil die alten pauschalen Sprechblasen wie „kaputtsparen“ oder „überall mehr Personal“ keine Realitäts-Adäquanz mehr besitzen und endlich durch eine differenzierte Personalpolitik abgelöst werden müssen.

Ein Beispiel: Die FDP-Fraktion hatte im April eine Anfrage zum städtischen Mahn- und Vollstreckungswesen gestellt, welche im Oktober beantwortet wurde<sup>1</sup>. Es stellte sich heraus, dass die Stadt offene Forderungen im Wert von 12 Mio € besitzt. Es handelt sich um über 32.000 Vorgänge, die alle vor Ort bewältigt werden müssen. Wir sind durchaus bereit angesichts des enormen Aufwands hier zusätzliches Personal einzustellen, da sich die Stelle auch dann schon rechnen würde, wenn nur wenige Prozent dieser Summe wieder in die Stadtkasse zurückfließen würden. Und für den Fall, dass die Rechnung nicht aufgeht, kann universell qualifiziertes Personal durchaus im Rahmen von Altersfluktuation an anderer Stelle eingesetzt

---

<sup>1</sup> Drucksache 189/17, abrufbar im Ratsinformationssystem ( <https://dorsten.more-rubin1.de/index.php> )

werden, sodass keine Mehrkosten entstehen. So stellen wir uns langfristig denkende, die Folgen beachtende Politik vor.

Wir freuen uns darüber hinaus auch über die differenzierte Stellungnahme des Personalrats, welche das von uns im letzten Jahr eingeführte und von der Union ergänzte Gesundheitsmanagement anerkennt. Die Stellungnahme ist für uns auch Ansporn, über eine Aufgabenkritik nachzudenken. Wer der Verwaltung immer neue Aufgaben und immer neue Förderprogramme verordnet, muss schlechterdings auch sagen, wer die Arbeitsstunden leisten soll. Hier schließt sich der Kreis zu den o.g. Konsequenzen des eigenen Handelns.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Haushalt stand bis letzten Mittwoch Spitz auf Knopf. Die Tendenz wurde aber bereits in der letzten Bereichsberichterstattung klar: Diese bestand aus sehr vielen sehr schlechten Nachrichten. Bei den Planansätzen der Verwargelder entstand ein Minus von 163.000 €, die Gewinnausschüttungen von Gesellschaften fielen aus (z.B. Netzgesellschaft, Minus 45.000 €), es existierten Mehraufwendungen von 1,3 Mio €. Garniert wurde das Ganze mit dem zusätzlichen Warnhinweis, dass die Sozialaufwendungen „auch in 2017 eine Herausforderung“<sup>2</sup> darstellen. Die Zahlen sind für sich genommen problematisch, problematisch ist aber auch die Reaktion auf die Zahlen: Es wird weiter wie bisher Geld ausgegeben, welches wir nicht haben und Zuschüsse erhöht, ohne Kompensationen

---

<sup>2</sup> Anlage zur Drucksache 173/17

aufzuzeigen. Und das vor dem Hintergrund eines Defizits von – Stand Mitte November – 1,7 Mio €! Das offenbart entweder eine einkehrende fatalistische Lethargie oder aber blindes Vertrauen in den Kämmerer, der es als *deus ex machina*, als Kai aus der Kiste schon irgendwie in letzter Stunde, 5 vor 12 richten wird und beides ist nicht gut. Der Drang zu Wohltaten äußert sich auch darin, dass emotional aufgeladene Assoziationsketten sachliche Politik verdrängen: Dann geht es pauschal um hehre Ziele und gute Zwecke und schon wird nicht nachgefragt, ob sich Aufgaben auch mit anderen Standards erledigen lassen oder Arbeitsabläufe anders gestaltet werden können. Wir appellieren an alle Beteiligten, das bislang im Rahmen des Stärkungspakts seit 2012 Erreichte und mühsam Erämpfte nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Darüber hinaus stellen wir fest, dass die alte Logik „mehr Zuschüsse oder die Einrichtung ist dicht“ schon vielfach eindrucksvoll widerlegt wurde. Das Atlantis, welches vor langer Zeit diese Logik überreizte, sah dadurch seinen Geschäftsführer „gePlettet“ – und heute geht es dem Bad besser denn je, dank engagierter Mitarbeiter. Die Jugendhilfeausgaben stiegen rasant an – bis sich Verwaltung, Politik und IMAKA an einen Tisch setzten und die Arbeitsabläufe untersuchten. Das Ergebnis war ein Leistungsvertrag, welcher Controlling-Workshops, Dokumentationsrichtlinien und einen verbindlichen Finanzrahmen vorsah. Dies wird sich auszahlen. Nach unserer Einschätzung ist es im Bereich des Möglichen, dass die wirtschaftliche Jugendhilfe (im letzten Jahr immerhin ca. 11 Mio €) sogar leicht zurückgeht. Langfristige Strategien tragen auch hier Früchte und wo motivierte Menschen am Werk sind, muss der Rat sie unterstützen.

Dies betrifft auch die Stadtbibliothek, deren Prozesse und Arbeitsabläufe auf unseren Antrag hin von einem externen Gutachter untersucht wurden. Als wir im November 2015 diesen Antrag stellten, hatten wir durchaus die Befürchtung, dass sich diese Institution bei einem „Weiter so!“ auch im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung zu einem Antiquariat entwickelt, sofern nichts getan wird. Nach unserer Auffassung war die Untersuchung und die damit einhergehenden langen Beratungen ein Erfolg. Wir haben danach einen Antrag mit der CDU in den Kulturausschuss am 28.09. eingebracht, der einige Weichen gestellt hat:

Das Ziel der Inklusion berücksichtigt endlich, dass der Begriff der Barrierefreiheit nicht nur auf Treppen und Aufzüge angewendet werden sollte, sondern auch auf Sprache. Bücher in sog. „leichter Sprache“ vorzuhalten bedeutet gleichzeitig, endlich mit dem Vorurteil aufzuräumen, Inklusion habe ausschließlich etwas mit Schule zu tun.

Uns war es auch ein wichtiges Anliegen, dass im Rahmen von Kooperationsverträgen u.a. mit den KÖBs Lembeck und Rhade enger als bisher zusammengearbeitet wird. Auch die Kooperation mit anderen Institutionen wird vertieft und durch Personalfluktuationen werden in Zukunft Fachkräfte aus der Pädagogik die Lese- und Sprachkompetenz des Zielpublikums schärfen. Unsere Bitte an die Mitarbeiter der Verwaltung ist es, die neu gewonnene Dynamik zu nutzen und z.B. mit der Namensfindung nicht zu lange zu warten.

Eine Entscheidung, mit der wir uns sehr schwer getan haben, war die Verlagerung der Agathaschule. Das Gebäude befindet sich in einem völlig

desolaten Zustand – wir haben uns vor Ort selbst ein Bild von der Lage machen dürfen. Rein intuitiv, vom ersten Impuls aus gedacht, gehört zur Innenstadt eine Grundschule. Dass wir unsere Idee, die Schule dort 3-zügig zu bauen, nicht weiterverfolgt haben, lag u.a. an den steigenden Schülerzahlen. Man kann nicht eine Schule, die absehbar aus allen Nähten platzt und deren Anmeldezahlen noch weiter steigen werden, abreißen und anschließend kleiner neu bauen. Im Übrigen hat uns der Gesetzgeber den Einsatz von Fördermitteln für einen Neubau untersagt – eine Form der Einmischung, über die wir uns sehr geärgert haben. Die Kapazitäten an den umliegenden Schulen hätten die steigenden Schülerzahlen nicht kompensieren können.

Die wichtigste Rolle spielte am Ende für uns die OGS: Die Agathaschule ist die einzige Schule mit einer deutlichen Warteliste bei einer unterdurchschnittlichen Auslastungsquote von 40%<sup>3</sup> und am alten Standort hätte man die Kapazitäten kaum erweitern können. Wenn wir als Ratsmitglieder den Begriff der Verantwortung ernst nehmen, müssen wir angesichts dessen unsere „nostalgische Befangenheit“ als Bauchgefühl hinten anstellen und können nicht billigend in Kauf nehmen, für kurzfristigen politischen Applaus jedem vierten Kind den OGS-Platz zu verweigern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

---

<sup>3</sup> Ausführliche Zahlen in der auf unseren Antrag hin erstellten Drucksache 185-2/17

ich hatte zu Beginn der Rede erwähnt, dass sich die Stadt nach wie vor mit vielen Herausforderungen konfrontiert sieht. Damit sind u.a. der Instandhaltungstau an städtischen Gebäuden sowie der hinzukommende Investitionstau gemeint<sup>4</sup>. In den letzten 30 bis 40 Jahren wurde viel zu wenig für die Infrastruktur getan. Die Verwaltung bezifferte in einer ersten Schätzung den Investitionsbedarf auf ca. 150 Mio €. Darin nicht eingerechnet sind Straßen und Ingenieurbauwerke. Zum Vergleich: Aktuell investiert die Stadt jährlich 2,6 Mio € in die Instandhaltung. Es müssten aber 4,2 Mio € jährlich sein, um allein den Status quo zu erhalten und nicht vollends auf Verschleiß zu fahren.

Eine solche Misere geschieht nicht ad hoc über Nacht. Besonders enttäuscht waren wir bei der Durchsicht einiger Beschlüsse aus früheren Ratsperioden. Insbesondere in der Zeit von 89-94 wurden teils verheerende Entscheidungen getroffen: Der Sofortmaßnahmenkatalog zum Haushalt 94 enthält z.B. die Einsparung eines Sachgebietsleiters im Straßenbau. Weiterhin heißt es zur Unterhaltung der Straßen, Wege und Plätze, dass vorübergehende Einschränkungen als vertretbar angesehen werden. Auch Ingenieurstellen fielen dem Rotstift zum Opfer, wie der Maßnahmenkatalog aus dieser Zeit erkennen lässt. Die Unterhaltung von Brücken wurde lapidar abgekanzelt: Eine Pauschalkürzung von über 20% der dafür vorgesehenen Mittel war offenbar kein Problem. Wir sind tief enttäuscht angesichts dessen, wie die Infrastruktur der Stadt Dorsten wissentlich vor die Wand gefahren wurde!

---

<sup>4</sup> Siehe ergänzend auch Drucksache 153/17



Auch unter Gerechtigkeitsaspekten ist die Thematik mindestens brisant – da reicht es schon, wenn man innehält und sich die Entwicklung der letzten 10 Jahre anschaut. Allein die Grundsteuer B ist in diesem Zeitraum von 430 Punkte auf 780 Punkte und damit um über 80 % gestiegen. Nun stellt sich heraus, dass von diesem Geld praktisch nichts in die städtischen Gebäude, Straßen und Brücken gesteckt wurde, auf die die Bürger aber angewiesen sind. Die Abgaben zu Lasten der Bürger stiegen also immer weiter an und als Dank wird ihnen über „Schrottimmobilien“ gleichzeitig ein Stück Lebensqualität genommen.

Daher lehnen wir es ab, das Problem über den scheinbaren Weg des geringsten Widerstands der Steuererhöhungen zu lösen. Dass sich die Bürger am Ende *verschulden*, damit sich die Stadt *entschuldet*, kann nicht richtig sein. Wenig Sinn macht es auch, ständig neue Steuern zu erfinden, welche einer rechtlichen Überprüfung erst gar nicht standhalten: So sehen wir unsere rechtlichen Bedenken gegen die von einigen politischen Akteuren gewollte Einführung der Wettbürosteuer voll und ganz bestätigt, da diese nun, wie die Kämmerei feststellte, keine wirksame Rechtsgrundlage hat und die gesamte Satzung somit unwirksam ist. Das passiert, wenn man Steuerpolitik im Affekt betreibt.

Stattdessen sollte in einem ersten Schritt eine systematische Bestandsaufnahme erfolgen, im Zuge derer die Immobilien detailliert untersucht werden. Denkbar ist für uns auch eine Kostenrechnung für Gebäude, um effiziente von ineffizienten Gebäuden zu unterscheiden. Anschließend kann dann entschieden werden, welche Infrastruktur für

welchen Bedarf vorgehalten werden muss und/oder welcher von 3 Schritten der richtige ist: der Neubau, die Weiternutzung mit anschließendem Neubau oder die Weiternutzung ohne anschließenden Neubau.

In einem zweiten Schritt gilt es festzustellen, wo die begrenzten Ressourcen der Stadt am effektivsten eingesetzt werden können. Wenn man beispielsweise ein neues Gebäude (z.B. Feuerwache) von Anfang an gewissenhaft pflegt, lassen sich Folgekosten im Zaum halten. Wenn man aber ein de facto marodes Gebäude, z.B. aus den 60ern, saniert, kann dies schnell ein ineffizientes Fass ohne Boden werden. Hier gilt es, Prioritäten zu setzen.

Da sich das ursprüngliche Problem zu einem Missstand entwickelt hat, welchen wir alleine kaum mehr lösen, sondern nur noch beschreiben können, muss in einem dritten Schritt Druck auf Land und Bund ausgeübt werden, ohne aber ausschließlich auf Hilfe von außerhalb zu vertrauen. Zusätzlich muss ein Weg gefunden werden, zu verhindern, dass sich das Problem des zunehmenden Verschleißes exponentiell verschlimmert, indem an anderen Stellen nach Einsparpotential gesucht wird, um die genannte Summe von 2,6 Mio €, die die Stadt jährlich investiert, zu erhöhen. Bestandsaufnahmen alleine bewirken noch nichts. Es mag sicherlich Optimisten geben, für die das Glas immer halb voll ist, es mag Pessimisten geben, für die es immer halb leer ist – aber es nutzt niemandem etwas, einfach das Glas zu verkleinern, nur um zu suggerieren, dass die Wassermenge nun eine größere sei.

Wir halten es beispielsweise für vorstellbar, die Standards im Bereich der Grünpflege sowie das Straßenbegleitgrün maßvoll zu reduzieren. Die Stadt Dorsten gibt immerhin für die Pflege der Parkanlagen und des Straßenbegleitgrüns ca. 3,1 Mio € aus. Hier stimmen aus unserer Sicht die Relationen nicht: Über 3 Mio für Bäume und Grünflächen, aber nur 2,6 Mio für die gesamte städtische Infrastruktur? Wenn die Baumpflege in Dorsten mehr wert ist als die Investitionen in alle Kitas und Schulen im gesamten Stadtgebiet, dann stimmt etwas ganz Grundsätzliches nicht.

Der in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss von vielen zitierte Bericht der GPA (Gemeindeprüfanstalt) unterstreicht diese Sichtweise und sieht hier einen erhöhten Handlungsbedarf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

in einem vierten Schritt muss die Teilnahme an Förderprogrammen hinterfragt werden. Gute Schule 2020, Kommunalinvestitionsförderungsgesetz – das alles klingt zwar vordergründig gut, deckt aber nicht mal 10 % der Gesamtsumme des Instandhaltungsstaus. Und welche Entscheidungsmöglichkeiten bleiben eigentlich übrig, wenn wir als Kommune Gegenstand von Förderprogrammen werden? Gerade am Beispiel der Agathaschule hat man dieses Problem doch sehen können, als uns der Gesetzgeber explizit verboten hat, Fördermittel für einen Neubau zu verwenden.

Hier schließt sich auch der Kreis zur Personalpolitik. Nach unserer Wahrnehmung wird im ZGM gerade viel geleistet. Die Stadt bearbeitet so viele Projekte wie lange nicht mehr. Ich könnte „Wir machen Mitte“ als weiteres Beispiel zu den oben genannten nennen, vollständig wäre die Auflistung damit immer noch nicht. Nicht nur jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden, auch jede Arbeitsstunde kann nur für ein Projekt geleistet werden. Hinzu kommen teilweise je nach Förderprogramm absurde Dokumentationspflichten. Bevor die Stadt Dorsten daher keine Prioritäten setzt, zu vieles auf einmal macht oder alles „irgendwie ein bisschen“ sollte der Rat in Erwägung ziehen, von Projekten wie der Internationalen Gartenausstellung 2027 (IGA 2027) Abstand zu nehmen, wenn ansonsten die Abarbeitung des Instandhaltungsstaus gefährdet wird. Denn der sollte Priorität genießen. Zwar wäre im Rahmen der IGA womöglich eine Überplanung und Nutzung/Bebauung der Fläche des alten Kohlehafens zwischen Lippe und Kanal denkbar – aber was passiert, wenn die Brücken, über welche die Bürger jene Fläche erst erreichen, aufgrund des Instandhaltungsstaus irgendwann einstürzen?

Abgesehen davon: Wir sehen momentan wenige Möglichkeiten für die Stadt Dorsten, an einem leergefegten Arbeitsmarkt qualifizierte Ingenieure zu finden und einzustellen. Die Konjunktur brummt und auch andere Städte nehmen schließlich an Förderprogrammen teil...

Nach der groben Skizzierung dieser Schritte möchten wir aber auch darlegen, dass all diese Gedanken und Handlungsvorschläge eine Schärfung des Begriffs der Investition notwendig machen, denn dieser ist

im Laufe der letzten Jahrzehnte selbst zu einem semantischen Kampfplatz geworden. In den 90ern war das Wort Investitionspolitik sogar teilweise ein Schmähwort. Viele Politiker verwenden mittlerweile auch gerne einen sehr weit gefassten Investitionsbegriff und scheuen jede Messbarkeit wie der Teufel das Weihwasser. So wird kaschiert, dass lediglich eine weitere Konsumausgabe geschaffen wird, deren „Wert“ sich in keiner Bilanz wiederfindet. Skepsis ist auch angebracht, wenn das, worin vermeintlich investiert wird, ebenfalls vage bleibt. Beispiel: „Wir investieren in die Zukunft“ – dies ist nicht messbar und die Aussage enthält kein Ziel. Dasselbe passiert häufig, wenn in Prävention „investiert“ wird: Diese ist ebenfalls nicht messbar und entzieht sich zudem einer Überprüfbarkeit, da man nie weiß, ob die Situation mit oder ohne Prävention eingetreten wäre. Mit anderen Worten: Ich kann erst einmal vor allem warnen – aber der Zustand, vor dem gewarnt wird, muss eintreten, damit die Warnung sich als richtig erweist. Auch hier ist der Zweck klar: Man möchte Konsumausgaben schönreden.

Die FDP-Fraktion wird in Zukunft ausschließlich dann eine Ausgabe als berechtigte Investition akzeptieren, wenn damit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dorsten ein messbarer und nachhaltiger Vermögenswert geschaffen wird. Auch hier gilt der Grundsatz des langfristigen Denkens.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

am Schluss meiner Rede möchte ich mich bei allen Bürgern bedanken, die sich in Dorsten ehrenamtlich engagieren. Dass die Zivilgesellschaft in

Dorsten funktioniert, sieht man besonders daran, dass wir in einer Zeit, in der viele Städte noch über Mitsprache reden, längst in allen Stadtteilen bei der Mitgestaltung und Mitarbeit angekommen sind – und zwar, wie man z.B. anhand der Überplanung des Gerhart-Hauptmann-Areals sieht, auf einem derart fachlich-elaborierten Niveau, dass man nur Respekt zollen kann. Angesichts dieses Tatendrangs – gestatten Sie mir diese persönliche Bemerkung – macht die Kommunalpolitik richtig Spaß!

Morgen wird hier im Saal um 19 Uhr mit der Gründung des Fördervereins Bürgerschaftliches Engagement ein weiterer Schritt getan, der die Selbstverwaltung stärkt<sup>5</sup>. Wir würden uns über zahlreiches Erscheinen freuen.

Ich bedanke mich bei der Kämmerei und dem Umwelt- und Planungsamt, die uns umfangreiches Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt haben.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Haushalt zu.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

---

<sup>5</sup> Nähere Informationen in der Drucksache 115/17 („Bürgerhaushalt“)